

## „Wir brauchen mehr Fantasie für den Frieden“

Ute Finckh

In der vieldiskutierten Neujahrspredigt von Margot Käßmann am 1.1.2010 in der Frauenkirche in Dresden finden sich folgende Sätze: „Wir brauchen mehr Fantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen. Das kann manchmal mehr bewirken als alles abgeklärte Einstimmen in den vermeintlich so pragmatischen Ruf zu den Waffen.“

Anfang 2010 bezogen sich diese Worte auf den Krieg in Afghanistan, inzwischen haben wir den nächsten Ruf zu den Waffen erlebt, in und wegen Libyen. Zunächst setzte das dortige Regime Waffen gegen Demonstrierende ein, dann bewaffneten sich diese (anders als in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten) ebenfalls. Und prompt riefen diejenigen, die bis vor kurzem gute Geschäfte mit Gaddafi und seinem Regime gemacht hatten, auch zu den Waffen – allen voran die Staatschefs von Italien, Frankreich und Großbritannien. Wie schon 1999 in Jugoslawien gerieten damit diejenigen aus dem Blick bzw. zwischen die Fronten, die in Libyen mit gewaltfreien Mitteln für eine Veränderung ihrer Gesellschaft kämpfen wollten. Große Teile der deutschen Presse kritisierten die Bundesregierung dafür, dass sie sich im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten hat, als dieser nicht nur Wirtschaftssanktionen gegen Libyen beschloss, sondern mit der Einrichtung einer Flugverbotszone auch einen Freibrief für Luftangriffe auf Gaddafis Truppen ausstellte.

Innerhalb kürzester Zeit eskalierte der Konflikt weiter. Wie 1999 im Kosovo wurde die humanitäre Katastrophe, deren Vermeidung Ziel der Luftangriffe sein sollte, durch diese nicht verhindert, sondern im Gegenteil verstärkt. Entwicklungsminister Niebel, in dessen Ministerium auf der Arbeitsebene eine ganze Menge Fachwissen über zivile Konfliktbearbeitung verfügbar ist, wies auf gravierende diplomatische Fehler hin. Außenminister Westerwelle, dessen Ministerium für Diplomatie zuständig ist, begann eine Debatte darüber, ob die Bundeswehr humanitäre Hilfe absichern sollte. Woraufhin Verteidigungsminister de Maizière erklärte, dass humanitäre Einsätze ein überwiegend friedliches

Umfeld bräuchten, einen Waffenstillstand oder ein Einvernehmen von beiden Seiten.

Die offizielle Politik steckt derzeit also ganz offensichtlich in dem Dilemma, das Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt so deutlich auf den Punkt gebracht hat: Es fehlt die Fantasie für den Frieden. Stellen wir uns einen Augenblick vor, die EU hätte das Waffenembargo gegen Libyen vor einigen Jahren nicht aufgehoben, hätte im Februar denjenigen, die nach den ersten Demonstrationen in Lebensgefahr waren, und denjenigen, die als libysche Soldaten oder Polizisten nicht auf ihre Landsleute schießen wollten, Asyl angeboten, hätte gleichzeitig schnell und unbürokratisch geholfen, die Flüchtlinge aus Libyen in Tunesien und Ägypten zu versorgen, hätte dem UN-Sondergesandten für Libyen und dem türkischen Ministerpräsidenten, die nach einer friedlichen Lösung des Konflikts suchten, alle erdenkliche Unterstützung zugesagt, hätte von Anfang an klar gemacht, dass sie nur diejenigen unterstützen, die mit friedlichen Mitteln für die Ablösung von Gaddafi kämpfen...

Stellen wir uns weiter vor, es hätte eine offene Debatte darüber gegeben, ob einem Gewaltherrscher samt Familie ein komfortables Asyl in einem anderen Land angeboten werden darf, anstatt ihm nach seinen ersten Militäreinsätzen nur die Wahl zwischen einem Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Weiterkämpfen zu lassen. Wäre es für die Menschen in Libyen nicht besser, wir hätten das Dilemma „Gerechtigkeit oder Gewaltreduzierung“ debattiert statt des Dilemmas „Militäreinsatz oder Nichtstun“, das unsere PolitikerInnen uns immer wieder vorsetzen?



DemonstrantInnen während einer Friedenskundgebung zum 8. Mai in Lyon, Frankreich.



Flüchtlinge aus Libyen an der Grenze zu Tunesien - besser einer flieht vor allen als alle vor einem!



DemonstrantInnen bei der Besetzung einer Immobilie der Familie Gaddafi in London - ökonomische Sanktionen von unten?

## Diesmal

Bil'in - ein Dorf im Widerstand

SONAD im Sudan

Menschen schützen in Mindanao

Rezensionen und Innenansichten

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

## Bil'in – ein Dorf im Widerstand

Hamdi Abu Rahma



*only bad news are good news?* Diese vielzitierte Formel mag – leider – noch immer für viele Mainstream-Medien gelten; Aufgabe eines Organs aus der Friedensbewegung sollte aber sein, auch in konstruktiver Weise Ansätze zu beleuchten, in denen Menschen dazu beitragen, in Konflikten gewaltfrei eine zivile Lösung zu finden. Auch wenn dies häufig nach außen viel weniger spektakulär erfolgt als etwa eine mit medialem und anderem Getöse verbundene Bombardierung der „bösen“ zur Unterstützung der „guten“ bewaffneten Kräfte eines Landes.

Palästina, Sudan, die Philippinen – die Beispiele in diesem Rundbrief bieten nur einen kleinen Einblick in das breite Spektrum gelebter und angewandeter gewaltfreier Alternativen zum vermeintlich, um es mit dem Unwort des Jahres 2010 zu sagen, alternativlosen Einsatz von Militär und Gewalt. Solche optimistisch stimmenden Ansätze gibt es weltweit, und es lohnt sich, bei jedem einzelnen genauer hinzuschauen, um erfolgreiche Strategien weiterzuentwickeln und aus Fehlern zu lernen.

In diesem Sinne hoffen wir, auch mit dieser Ausgabe die Lust auf das Entdecken, (Weiter-)Denken und Leben von Alternativen für den Frieden zu wecken bzw. zu stärken.

Ich wünsche Ihnen und Euch sonnige, bunte und fantastische Sommertage!

Ihre Judith Conrads

Bil'in, westlich von Ramallah im zentralen Westjordanland zwischen Jaffa und Jerusalem gelegen, ist ein kleines palästinensisches Dorf, das von Tälern und Bergen umgeben ist. Es zählt 1.800 EinwohnerInnen, viele arbeiten in der Landwirtschaft.

Nur wenige hundert Meter vom Ortsrand Bil'ins entfernt durchschneidet seit Ende 2004 ein Zaun das Land. Er ist mit Bewegungsmeldern ausgerüstet und wird von israelischen SoldatInnen streng bewacht. Im Abstand von einigen hundert Metern ragen Wachtürme in den Himmel. Kameras beobachten von hier aus jede Bewegung im Dorf. Die Anlage erinnert an die ehemalige innerdeutsche Grenze. Für die meisten PalästinenserInnen ist diese „Mauer“ so gut wie undurchdringlich.

Seit Jahrzehnten hat das Dorf Bil'in Erfahrungen mit der Beschlagnahmung von Land durch die israelische Besatzungsmacht. Bereits in den 1980er Jahren wurde die Siedlung Mitat Unze auf Land erbaut, das den BewohnerInnen von Bil'in gehört. 1990 beschlagnahmte Israel weiteres Land von Bil'in, um eine weitere Siedlung, Kiryat Sefer, zu errichten. 2002 begann Israel mit dem Bau der Siedlung Mitet Yaaho auf weiterem Land, das den DorfbewohnerInnen von Bil'in gehört.

Im April 2004 gab die israelische Regierung ihre Absicht bekannt, einen Sperrwall auf weiterem zum Dorf gehörigen

Land zu errichten. Damals bildeten die DorfbewohnerInnen das „Popular Committee Against the Wall and its Settlements“ (PCAWS). Das PCAWS vertritt, in Koordination mit RechtsanwältInnen, die Rechte der BürgerInnen von Bil'in, deren Land für die Errichtung illegaler Siedlungen und den Bau des Sperrwalls beschlagnahmt wurde. Dieses Komitee bereitet seither mit Unterstützung israelischer und internationaler AktivistInnen wöchentliche Aktivitäten vor.

Im Februar 2005 begannen Bulldozer mit dem Bau des Sperrwalls in Bil'in. Die israelische Besatzungsmacht ließ fast 1.000 Olivenbäume fällen und zerstören, die den örtlichen BäuerInnen gehörten. Die Olivenbäume, die vor allem auf der westlichen Seite des Sperrwalls gelegen waren, stellten Bil'ins Hauptquelle des Lebensunterhalts dar. Weiteres konfisziertes Land diente dem Korn- und Gemüseanbau sowie als Weide für den Viehbestand. Auf dieses Vorgehen antwortete das Dorf schnell mit gewaltfreien Demonstrationen, an denen sich alle Mitglieder der Dorfgesellschaft beteiligten. Protestmärsche finden seither an jedem Freitag statt, hin und wieder zusätzlich an weiteren Tagen. Dabei entwickeln die Demonstrierenden sehr viel Kreativität. Sie spielen Straßentheater, stellen Filmszenen nach und erinnern an historische Persönlichkeiten des gewaltfreien Protests wie Mahatma Gandhi, Martin Luther King und Nelson Mandela.



Gewaltfrei und kreativ – Protest in Bil'in



Ein junger Palästinenser versucht während einer Demonstration in Bil'in dem Tränengas zu entkommen.

Wertvolle Unterstützung des gewaltfreien Kampfes der DorfbewohnerInnen von Bil'in leisten israelische und internationale FriedensaktivistInnen, die an den wöchentlichen Demonstrationen teilnehmen. Zu den ersten Israelis, die an den Demonstrationen in Bil'in teilnahmen, gehörte auch der Aachener Friedenspreisträger Uri Avnery. Vor allem die ständige Unterstützung des gewaltfreien Widerstandes in Bil'in durch die israelische Friedensbewegung verhindert, dass hier ein Bild „PalästinenserInnen gegen Israelis“ aufgebaut werden kann. Denn hier zeigt sich etwas anderes: Palästinensische, israelische und internati-

onale Aktive aus der Friedensbewegung kämpfen gemeinsam gegen Militärwillkür und Besetzung.

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Widerstandes von Bil'in gehört die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Israel vom 04.09.2007, wonach die Errichtung des Sperrwalls im Gebiet in und um Bil'in illegal ist, da sie nicht der von der israelischen Armee angeführten Rechtfertigung (Bau zu „Sicherheitszwecken“) entspricht. Das Gericht ordnete an, den Sperrwall um 500 Meter zurückzusetzen. Auch muss ein Tor im Zaun für die DorfbewohnerInnen offen gehalten werden, damit sie die hinter dem Zaun liegenden Olivenhaine bearbeiten können.

Die israelische Armee geht dennoch nach wie vor brutal gegen die gewaltfreien Demonstrierenden in Bil'in vor. Bei jeder Freitagsdemonstration kommen Tränengas, Soundbomben und Gummigeschosse zum Einsatz. Des Weiteren ist das Dorf Ziel nächtlicher Überfälle, bei denen das israelische Militär Panik unter den DorfbewohnerInnen auslöst, z.B. mit Soundbomben, dem Stürmen von Häusern und willkürlichen Verhaftungen selbst von Minderjährigen. 2009 starb Bassem Abu Rahma, ein Mitorganisator der wöchentlichen Proteste, nachdem eine Tränengas-Granate ihn in die Brust getroffen hatte. Am Neujahrstag 2011 starb seine Schwester Jahaver durch eine Tränengasvergiftung. Mindestens 1200 Menschen wurden durch die israelische Armee verletzt, 10 davon schwer. 85 Dorfbewohner wurden durch israelisches Militär festgenommen, einschließlich Mitglieder des Volkskomitees und deren Kinder.

Die israelische Regierung betrachtet den Zaun als Grenze zwischen dem eigenen Staatsgebiet und der besetzten Westbank. Völkerrechtlich korrekt ist das nicht. Denn „die Mauer“ wurde bei Bil'in nicht auf der „grünen Linie“ – also der Grenze von 1967 – errichtet, sondern ragt weit ins Palästinenserland hinein. Das hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag zwar schon vor Jahren verurteilt. Die Regierung in Jerusalem zeigt sich bis heute davon allerdings völlig unbeeindruckt. Durch die von Israel besetzte palästinensische Westbank windet sich der 700 km lange Sperrwall durch palästinensische Städte und Dörfer. Mit dem Bau dieses Walls durch Israel wurden 29 palästinensische Städte (ein Gebiet von 21.656,4 Hektar) von der Westbank isoliert und der israelischen Seite des Sperrwalls einverleibt. Diese durch Israel beschlagnahmten palästinensischen Ländereien sind besonders fruchtbar und enthalten unterirdische Wasserressourcen in großer Zahl. Ferner befindet sich der Großteil des konfiszierten Landes im Gebiet um Jerusalem.

Das hält die palästinensischen, israelischen und internationalen AktivistInnen jedoch nicht davon ab, sich weiterhin gemeinsam und gewaltfrei für ein gleichberechtigtes Miteinander ohne die Gemeinschaften und Landstriche zerteilenden Sperranlagen einzusetzen. Mit ihrem Engagement wollen sie Vorbild sein und auch dazu beitragen, anderen Gruppen in Palästina und in anderen Konfliktregionen Möglichkeiten gelebten gewaltfreien Widerstandes aufzuzeigen. Die internationale Aufmerksamkeit und Anteilnahme an den Forderungen und Aktionen des Friedensdorfes Bil'in bedeutet hierbei ein wichtiges Zeichen der Solidarität, der Unterstützung gewaltfreier Formen des Widerstandes und der Würdigung des gemeinsamen Kampfes von palästinensischer und israelischer Friedensbewegung.

*Hamdi Abu Rahma, 24, ist Fotograf und in Bil'in aufgewachsen. Zurzeit verbringt er ein Freiwilliges Jahr beim Bund für Soziale Verteidigung in Minden. Wer Interesse hat, Hamdi zu einem Vortrag oder Austausch in die eigene Organisation/Schulklasse/Gruppe einzuladen, kann sich gerne ans BSV-Büro wenden.*

*Übersetzung: Cornelia Huse*

Hamdi Abu Rahma bei der Arbeit während einer Demonstration in Bil'in.



# SONAD im Sudan

## Ein Lichtblick am Ende des Tunnels

Anne Dietrich

Froh und stolz sind die meisten Menschen im Südsudan – mit Recht! – über den relativ friedlichen und geordneten Verlauf ihres Referendums: Im Januar 2011 stimmte die Bevölkerung zu 98 % für einen unabhängigen Südsudan. Mit der Unabhängigkeit sind viele, viele Erwartungen verbunden – auf ein besseres Leben, d.h. sauberes Wasser, befahrbare Straßen, Schulen mit Mobiliar und bezahlten Lehrkräften, gutes Gesundheitssystem, mehr Beteiligung für Frauen, Religions- und Pressefreiheit, gerechte Verteilung der Ressourcen usw. Die wirtschaftliche Lage des neuen Staates jedoch ist prekär, weil das bisher teil-autonome Gebiet weitgehend von Einnahmen aus der Ölförderung lebt, deren Infrastruktur (Pipelines, Raffinerien) in der Hand der Zentralregierung in Khartoum liegt.

Selbst mit erheblicher finanzieller und technischer Unterstützung von außen ist das Gedeihen eines friedlichen, demokratischen und ressourcengerechten Gemeinwesens fraglich. Zu lange war Gewalt das Mittel zur Lösung jeglicher Konflikte, und Einfluss definierte sich durch Besitz von Waffen: Seit der Unabhängigkeit gab es Bürgerkrieg, mit wenigen Jahren Unterbrechung, bis zum Friedensabkommen 2005, zu dem sich die sudanesishe Regierung zwar immer wieder bekennt, zu dessen Umsetzung jedoch noch vieles fehlt. So mangelt es etwa an Vereinbarungen zu

- Bürgerschaftsrechten der Nordsudanesischen im Süden und der vielen Südsudanesischen, die – oft als Vertriebene – im Nordsudan leben,
- der Gültigkeit der nationalen Gesetzgebung des Sudan (nach der Drohung, dass die islamische Gesetzgebung strikter durchgesetzt werde) für Nicht-MuslimInnen,
- Regelungen zu Öl-Förderung und Verteilung der Öl-Einkünfte,
- grenzüberschreitenden Landnutzungsrechten (Weiden, Wasser),
- dem Abzug aller Militär- und Polizeikräfte aus dem jeweils anderen Landesteil,
- dem Status der 'transitional areas', Abyei, Blue Nile, Southern Kordofan usw.

Das Referendum in Abyei, wo große Ölvorkommen liegen, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, weil sich Khartoum und Juba nicht einigen können, wer dort abstimmen darf. Die angespannte Situation dort wird durch Bewaffnete beider Seiten in der Gegend verschärft, und Satelliten-Fotos von der Ansammlung von Panzern und anderen Waffen lassen Schlimmes befürchten ebenso wie die gegenwärtigen Kämpfe im Südsudan zwischen Rebellen-Milizen und der Südsudan-Volksbefreiungs-Armee, Anschläge der aus Uganda herüber geschwappeten Lord's Resistance Army und die brutalen Kämpfe in Darfur, einschließlich Vorwürfen der Regierung in Khartoum, die Südsudan-Regierung unterstütze die Rebellen in Darfur.

Angesichts dessen erscheint es wie ein Wunder, dass die Wahlen 2010 und das Referendum im Januar 2011 ausreichend ruhig verliefen, um von allen Beteiligten, einschließlich der internationalen Beobachtungsmissionen, anerkannt zu werden. Dies schien durchaus nicht sicher.

Deshalb war ein Schwerpunkt für mich im letzten Jahr, neben der Zusammenarbeit mit dem sudanesischen Ministerium für Frieden und Umsetzung des Friedensabkommens sowie der Unterstützung des Interreligiösen Dialogs im Südsudan, die Beratungs- und Trainingsarbeit zu gewaltfreiem Handeln vor den Wahlen und dem Referendum. Dies geschah vor allem in Zusammenarbeit mit der sudanesischen NGO SONAD (Sudanese Organization for Nonviolence and Development - Sudanesishe Organisation für Gewaltfreiheit und Entwicklung). Einen Eindruck davon mag der folgende Ausschnitt aus meinem Rundbrief im Oktober 2010 geben:

SONAD hat sich in den letzten Monaten kräftig entwickelt. Moses Monday, Leiter der Organisation, hat seinen Arbeitssitz nach Juba verlegt und die Zusammen-



Während des Referendums...

arbeit mit PACT und deren Südsudan-Friedens-Fonds wächst. Sehr bemerkenswert finde ich das Engagement der SONAD-Freiwilligen, die sich nach Trainingsprojekten für Gewaltfreiheit, Menschenrechte, Interreligiösen Dialog und ein friedliches Referendum weiter engagieren.

Im Projekt Alternativen zur Gewalt wachsen die neuen TrainerInnen über sich selbst hinaus, wenn sie in Teams zusammen mit Erfahreneren schwierige Moderationsaufgaben übernehmen, praktische Übungen und Rollenspiele anleiten und auswerten und in Aufbau-workshops im Team neue Methoden gemeinsam entwickeln. Manches Mal bin ich perplex über die Kreativität und das Selbstvertrauen, das sich mit der Zeit entwickelt.

Die Freiwilligen führen Informationsveranstaltungen durch, bei denen sie das weitergeben, was sie in den Trainings, Workshops und Dialogveranstaltungen erlebt haben. Für die – meist jüngeren – Frauen und Männer ist es nicht einfach, als Freiwillige aktiv zu sein, in einem Umfeld, in dem viele keine oder zu wenig Einkommen schaffende Arbeit haben und zusehen müssen, wie sie sich und ihre Familie ernähren. In einer solchen Situation Zeit und Energie für Freiwilligenarbeit zu investieren, finde ich einfach bewundernswert!

Mehr über SONAD unter [www.sonad-sudan.org](http://www.sonad-sudan.org). Ein Film über das Projekt Alternativen zur Gewalt im Sudan kann auf YouTube herunter geladen werden unter <http://www.youtube.com/watch?v=gFBDry6cE4o>

Anne Dietrich war als Friedensfachkraft im Rahmen des ZFD von 2005 bis 2010 im Sudan tätig und arbeitet jetzt bei 'Responding to Conflict' in Birmingham (GB).

# Menschen schützen in Mindanao

## Über das erfolgreiche NP-Projekt auf den Philippinen

Stephan Brües

NP-Team im Flüchtlingslager Ayettey Etal.

Der Konflikt auf der philippinischen Insel Mindanao ist kompliziert: Kämpfe zwischen mehreren muslimischen Guerilla-Organisationen und den Regierungstruppen, Gewalt in familiären Fehden und kriminelle Aktivitäten gefährden die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Region.

Zahlreiche lokale Friedens- und Menschenrechtsgruppen wollten der Gewalt ein Ende setzen und luden 2007 die Nonviolent Peaceforce (NP) ein, sie bei der Gewaltprävention und der Stärkung des Friedensprozesses von unten zu unterstützen. Seitdem suchen die NP-Friedensfachkräfte den offiziellen Kontakt zu den Schlüsselfiguren des Konflikts, um nachhaltig auf Friedensabkommen hinwirken zu können. Seit Ende 2009 hat die philippinische Regierung - mit der Zustimmung der Guerilla MILF - für die NP eine formelle Rolle bei der Überwachung des Waffenstillstandes sowie beim Schutz der Zivilgesellschaft vorgesehen. NP ist damit Teil des Internationalen Monitoring Teams (IMT).

Inzwischen arbeiten fast 50 nationale und internationale Friedensfachkräfte entweder als Teil des IMT oder als 'normale' Friedensfachkräfte in den Provinzen Cotabato, Lanao, Maguindanao und

Basilan. Unter anderem bieten sie im Kommunalen Menschenrechtsprogramm Menschenrechtstrainings mit lokalen und internationalen NGOs, staatlichen VertreterInnen sowie UN-Organisationen an, versuchen über das Frühwarnsystem EWER frühzeitig auf eskalierende Konflikte zu reagieren und überwachen und dokumentieren im Programm zum Schutz der Zivilbevölkerung Konfliktsituationen, Verletzungen des Waffenstillstandes sowie die Lage der internen Flüchtlinge. Wie das konkret umgesetzt wird, soll an zwei Beispielen illustriert werden:

1. In der Provinz South Upi gab es eine tödliche Schießerei, woraufhin ein Team von NP sofort nach den ersten Berichten darüber sowohl das betroffene Dorf als auch die Lokalverwaltung und die Nationale Polizei aufsuchte. Schon ein paar Tage später konnte das Team den Vater und zwei andere Angehörige des Opfers treffen und besprach mit ihnen



den Vorfall und deren Sorgen um die Sicherheit der Familie und der Gemeinde. Mit diesen Informationen gingen sie zur Lokalverwaltung. Zudem sorgten sie dafür, dass die betroffene Familie vom Internationalen Roten Kreuz medizinische Unterstützung erhielt.

2. Das NP-Team in Lanao initiierte am 17. Februar 2011 ein Treffen mit einer Organisation, die überall in der Provinz ein Netz Lokaler Advokaten für Gerechtigkeit gründete. Diese Anwälte haben sowohl Kenntnisse in Mediation und Rechtsberatung als auch in Bestimmungen der Sharia und anderen Gesetzen. An dem Treffen nahmen insgesamt 68 Personen teil, darunter Gemeindeführer, traditionelle und religiöse Führer, Lehrer, Verwaltungskräfte und Polizisten, kurz alle, die an einem zivilen Umgang mit Konflikten interessiert sind bzw. interessiert sein sollten.

Auch wenn mit diesen Aktivitäten Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Konflikte nicht kurzfristig völlig verschwinden werden, so ist der Ansatz, Konfliktlösungsmechanismen und die Sicherheit der Zivilbevölkerung durch Kooperation von Zivilgesellschaft, Verwaltung und staatlichen wie nicht-staatlichen Kombattanten zu etablieren, überaus vielversprechend.

Es ist sehr schade, dass diese überaus wertvolle Arbeit in den deutschen Medien kaum erwähnt wird – und auch zu wenig in der Menschenrechts- und Solidaritätsszene. Das wollen wir ändern!

Friedensfachkräfte unterwegs auf Mindanao...



## Nach Gaza

Bernhard Nolz

„Nach Gaza“ haben die Herausgeberinnen Mechthild Rawert, Christian Sterzing und Kathrin Vogler ihren Sammelband genannt. Das Buch versammelt 27 Autorinnen und Autoren, die „über neue Ansätze zur friedlichen Veränderung der Verhältnisse im israelisch-palästinensischen Konflikt“ nachdenken. Faszinierend ist, dass es jeder Autorin bzw. jedem Autor gelungen ist, einen besonderen Aspekt in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen und eine eigene Perspektive auf das Konfliktfeld Israel/Palästina/Naher Osten zu eröffnen.

Christian Sterzing stellt etwa fest, dass die Errichtung einer Mauer oder eines Zaunes kein Mittel ist, Raketenbeschuss zu unterbinden. Und er schreibt den Neoliberalen ins Stammbuch, dass Friedensprozesse wirtschaftlich flankiert werden müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen.

Er und viele andere Autorinnen und Autoren des Buches zeigen mit ihrer Kritik an den Verhältnissen im Nah-

en Osten Wege auf, wie Demokratie und Menschenrechte in der Region vorangebracht werden können. Die Aussagen sind so abgefasst, als hätten die Autorinnen und Autoren mit den gewaltfreien Aufständen in Ägypten und in anderen nordafrikanisch-arabischen Ländern gerechnet. Es macht einen weiteren besonderen Wert des Buches aus, dass die sachkundigen Ausführungen der Autorinnen und Autoren – alle vor den Aufständen geschrieben – auch zur Interpretation der aktuellen politischen Entwicklungen taugen.

Kathrin Voglers Beitrag trägt den Titel: „Deutschland, Israel, Gaza und die Hamas – warum Gewaltfreiheit zur Politikfähigkeit führt“. Die Autorin kritisiert den Abgrenzungskurs der beteiligten Regierungen, der die Suche nach Lösungen überlagert und behindert. Sie plädiert dafür, das durch die Flottille geöffnete Fenster für Verhandlungen offen zu halten. Die Regierungen müssten dazu die Initiativen der Zivilgesellschaft aufnehmen. Denn, so die Autorin: „Gewalt-

freiheit ist nämlich keineswegs eine utopische, leicht esoterische Haltung, sondern ein knallhartes politisches Konzept. Gerade der Verzicht auf (militärische) Gewalt eröffnet politischen Prozessen den Weg, die ansonsten durch die Gewaltoptionen ausgebremst worden ... wären.“

Es lohnt sich, das Buch in Etappen von vorne bis hinten zu lesen. Die Leserinnen und Leser werden auf immer neue Aspekte und Analysen stoßen, die den schwierigen Weg zum Frieden verständlich machen.

Nach Gaza. Zivilgesellschaft und internationale Politik, hrsg. v. Mechthild Rawert, Christian Sterzing, Kathrin Vogler, Aphorisma Verlagsbuchhandlung Berlin 2011, 222 S., 15,00 €

Bernhard Nolz ist Lehrer i.R., Aachener Friedenspreisträger, Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden und Geschäftsführer des Zentrums für Friedenskultur Siegen.



## Mitternacht auf der Mavi Marmara

Martin Forberg

Am 31. Mai 2010 tötete ein israelisches Marinekommando neun Passagiere des größten Schiffes der „Gaza-Freiheitsflottille“, der Mavi Marmara. Das Buch „Mitternacht auf der Mavi Marmara“ erschien im September 2010 in den USA: In der deutschen Ausgabe sind Beiträge von Annette Groth und Tanja Tabbara, von Norman Paech und Moshe Zuckermann hinzugekommen.

49 AutorInnen haben kompetente Kurzsays beigetragen, darunter JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen - aus den Vereinigten Staaten, aus Palästina, Israel, Schweden, der Türkei und anderen Ländern. Berühmte Namen darunter sind: Henning Mankell (ebenfalls ein Passagier der Flottille), Noam Chomsky und Alice

Walker. Lubna Marsawa, eine palästinensische Aktivistin aus Israel schreibt: „(...) wir konnten uns kein Szenario vorstellen, in dem Soldaten Zivilisten auf dem Schiff umbringen würden.“ Sie war - wie Annette Groth und Norman Paech - Passagierin auf der Mavi Marmara. Amira Hass betont, Ziel der Blockade sei es, „den Menschen in Gaza das Recht zu verweigern (...), ein aktiver, ständiger und natürlicher Teil der palästinensischen Gesellschaft zu sein.“

„Mitternacht auf der Mavi Marmara“ ist trotz allem ein hoffnungsvolles Buch. Die Flottille bewirkte schließlich, dass die israelische Regierung die Blockade lockerte: vollkommen unzureichend bis heute, aber doch bemerkbar. Es wird auch deutlich, dass jüdische US-Ameri-

kanerInnen mehr und mehr von der israelischen Politik abrücken.

Die palästinensische gewaltlose Basisbewegung „BDS“ (Boycott, Desinvestition, also Kapitalabzug, und Sanktionen) ist in dem Band ein wichtiges Thema. So erinnert Ali Abunimah daran, dass in Südafrika die Isolation die „Machthaber zur Zeit der Apartheid“ dazu gedrängt habe, „mit den gleichen Leuten, die sie so lange verteufelt, entmenschlicht und unterdrückt hatten, nach einer friedlichen Lösung zu suchen.“

Mitternacht auf der Mavi Marmara. Der Angriff auf die Gaza-Solidaritäts-Flottille, hrsg. v. Moustafa Bayoumi, übersetzt aus dem Englischen v. Sigrid Langhaeuser, LAIKA-Verlag Hamburg 2011.



## Abschied im Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung 2011 haben zwei bisherige Vorstandsmitglieder nicht wieder kandidiert: Bernhard Nolz als langjähriger Vorsitzender und Christine Wessel-Berning. Beiden wurde im Rahmen der Tagung herzlich gedankt. Bernhard Nolz, der sage und schreibe acht Jahre den BSV als Vorsitzender tatkräftig unterstützt und in vielen Zusammenhängen nach außen vertreten hat, wurde von Stephan Brües durch ein langes Gedicht gewürdigt. Da heißt es unter anderem:

„Ja, friedlich bist Du, und auch stur  
Gründest das Zentrum für Friedenskultur,  
Du trotz dem Hass der Siegener CDU  
und schaffst dort Neues immerzu.  
Und trotz all dieser Mühen in Siegen  
Hast Du viele Jahre lang den Anliegen  
Des BSV vollendet vorgesehen,  
Wer kann sich darin mit Dir messen?“

Im Siegener Zentrum für Friedenskultur wird sich Bernhard Nolz weiterhin intensiv friedenspolitisch engagieren und im Rahmen der AG „Soziales Verteidigen“ auch im BSV weiter aktiv bleiben. Wir freuen uns, dass Bernhards Engagement uns so noch eine Weile zugute kommt.



Bernhard Nolz

## Neu im Vorstand: Georg Adelman



*Zu Zwecken der Lesbarkeit und aus Gründen der Gleichberechtigung diverser Geschlechter habe ich im Folgenden nach Möglichkeit die weibliche Variante gewählt! Irritationen sind zu erwarten und sind für mich ein Teil von Bildungsarbeit.*

Georg Adelman, Genotyp Mann, geboren 1980, seit vier Jahren im BSV ehrenamtlich aktiv. Ich studiere Diplom-Psychologie in Bremen mit den beiden inhaltlichen Schwerpunkten meines Abschlussjahres zu Empathie und Verantwortungsübernahme, habe mich generell auf pädagogische & Arbeits- und

Organisationspsychologie konzentriert. Im Rahmen eben dieses Studiums machte ich 2007 ein halbjährliches Praktikum beim BSV und kam so zum Verein.

Seit der letzten Mitgliederversammlung bin ich nun Beisitzerin im Vorstand und werde mich in meiner Arbeit dort viel auf das große Feld Bildung fokussieren, da ich seit 2006 im Service Civil International (SCI) als ehrenamtliche Trainerin in diesem Bereich vielfältige Erfahrungen sammeln konnte. Hierfür bin ich dort seit letztem Jahr in einer internationalen Antikriegs-Arbeitsgruppe aktiv - meine Gedanken zu diverssten Gewaltfreiheits-Themen können (in Englisch) unter [www.no-more-war.net](http://www.no-more-war.net) nachgelesen und kommentiert werden.

Für die Wahl möchte ich mich bei allen Mitgliedern für das Vertrauen bedanken und freue mich schon sehr auf die Arbeit mit den anderen Vorständlerinnen, Mitarbeiterinnen, Praktikantinnen und Mitgliedern in den nächsten Jahren und bin gespannt, wie ich den BSV weiter bereichern kann.

## Neu im Büro

Ich heiße Anna Fuchs, bin 22 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft und Skandinavistik (Bachelor) an der Universität Tübingen. Meine Studien- und Interessenschwerpunkte sind Friedens- und Konfliktforschung. Deswegen mache ich zurzeit ein dreimonatiges, studienbegleitendes Praktikum beim BSV, um einen praktischen Einblick in die Friedensarbeit zu bekommen.



Anna Fuchs

## Termine

### BSV-Bundesausschuss

#### **Zivil-militärische Zusammenarbeit**

22.10.2011

11-17 Uhr

Minden

Mehr Informationen zu unserem BA 2011 und zur Anmeldung erhalten Sie im nächsten Rundbrief und in Kürze auf der BSV-Website!

### BSV-Jahrestagung

#### **Gender und Frieden**

16.-18.03.2012

Bitte merken Sie sich den Termin vor!

BSV-Mitglieder und alle anderen Interessierten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen!

## Das Ende des Krieges gegen den Terror?

Kommentar von Björn Kunter

Mit Osama bin Laden starb das letzte Symbol dieses Krieges. Besiegt wurde Al Kaida allerdings bereits einige Monate vorher, als sich die Massen in Tunesien und Ägypten erhoben und in gewaltfreien Aufständen ihre korrupten Herrscher beseitigten. Hatten sich Al Kaida und islamistische Organisationen stets als größte Opposition gegen die korrupten arabischen Regime dargestellt, so gingen die gewaltfreien Aufstände nun an ihnen vorbei. Etablierten Organisationen wie den Muslimbrüdern in Ägypten gelang es immerhin noch auf die Revolution aufzuspringen, doch die kleinen Terrorzellen Al Kaidas wurden vollkommen bedeutungslos. Selbst im Jemen, dem Sitz des operativen Zentrums von Al Kaida, spielen die Radikalen im aktuellen Aufstand bisher keine Rolle.

Der Niedergang Al Kaidas hatte bereits 2008/09 begonnen, als mit der Regierung George W. Bushs das andere Symbol des Krieges gegen den Terror abgewählt wurde und der neugewählte Präsident Obama mit seiner Rede in Kairo auf den Islam zuing. Zusammen mit dem Beginn des Rückzugs aus dem Irak und der Ankündigung, Guantánamo zu schließen, gelang es Obama so, die Brisanz aus dem Krieg und die USA weitgehend aus der Schusslinie zu nehmen. Mit dem Entzug des Feindbilds USA wurde die Franchise-Marke „Al Kaida“ so stark geschwächt, dass die Entstehung neuer Al-Kaida-Gruppen ins Stocken kam. Die

bestehenden Gruppen wiederum konzentrierten sich vor allem auf ihre lokale Ebene. Der Kampf gegen den „großen Satan USA“ und den Westen wurde fast ausschließlich nur noch über die Radikalisierung einzelner Täter oder dort geführt, wo er wie etwa in Afghanistan direkt in die lokalen Konflikte vermischt war. Dies hatte jedoch auch zur Folge, dass die absolut überwiegende Mehrzahl der Terror-Opfer in den islamischen (Heimat-)Ländern der Terroristen zu beklagen war. Entsprechend stieg der Unmut über die Terroristen auch dort.

Gleichzeitig blieben die Erfolge des bewaffneten Kampfes im islamischen Raum insgesamt eher mager. Auch Hamas und Hisbollah stießen an ihre Grenzen und werden zunehmend in konstruktive Koalitionen eingebunden. Setzen sich dagegen die Erfolge der gewaltfreien Revolutionen in den arabischen Ländern fort, dürfte das Modell des Terrors auf lange Zeit durch Strategien des gewaltfreien Widerstands verdrängt werden. Die Zukunft Al Kaidas wird daher mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in den Konferenzräumen der CIA entschieden, sondern auf den Straßen Syriens, Libyens und des Jemen, aber auch in Bahrain und Marokko.

Obama sollte nun vor allem seine durch den Tod Bin Ladens gestärkte Position nutzen, um Guantánamo und Bagram zu schließen und den Abzug aus Afghanistan zu beschleunigen. Wünschens-

wert wäre auch ein deutlicheres Engagement für einen gerechten Frieden in Palästina und die Unterstützung eines Friedens- und Versöhnungsprozesses zwischen Indien und Pakistan, um so dem Terror Rekrutierungsgründe zu entziehen.

Bei der Unterstützung der arabischen Demokratiebewegungen muss der Westen vor allem zwei Dinge vermeiden. Zum einen darf er sich nicht, wie in Libyen geschehen, in einen Bürgerkrieg hineinziehen lassen oder den Eindruck erwecken, dass er einen bewaffneten Kampf gegen die Regime unterstütze. Zum anderen muss er gerade auf befreundete Regime wie Bahrain und Saudi-Arabien allen Druck und Einfluss ausüben, um die dortigen AktivistInnen zu schützen und demokratische Reformen zu ermöglichen. Entsprechend sind USA und EU, mittelfristig auch die UNO, aufgerufen, klare Regelwerke zu entwickeln, mit welchen man auf zukünftige massive Übergriffe auf Demonstrierende und Oppositionelle reagieren wird, unabhängig vom Ansehen des jeweiligen Staates. Angesichts der angespannten Lage in der Region braucht es zudem ein sofortiges Memorandum auf westliche Waffenexporte und Militärhilfe, das möglichst in eine regionale Initiative für Abrüstung und eine Friedensinitiative mit dem Iran münden sollte, damit der Abzug der US-amerikanischen Truppen aus dem Irak keinen regionalen Rüstungswettlauf in Gang setzt.

Name:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

### Bitte senden Sie mir:

- Sammelband: Nach Gaza. Zivilgesellschaft und internationale Politik, Rawert/Sterzing/Vogler, 15 €
- Infoblatt: Zivile Konfliktbearbeitung, kostenlos
- Infoblatt: Wege aus dem Krieg in Afghanistan, kostenlos
- Infoblatt: Verhandlungen in Afghanistan, kostenlos
- E-Mail-Newsletter des BSV
- Weitere Informationen zur Arbeit des BSV
- Informationen zur Mitgliedschaft beim BSV

Kontakt: BSV, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019, info@soziale-verteidigung.de

Spendenkonto: Bund für Soziale Verteidigung e.V., Sparkasse Minden-Lübbecke, BLZ 49050101, Kto.-Nr. 89420814